



DEUTSCHE HOSPIZ STIFTUNG
Patientenschutz für Schwerstkranke und Sterbende

Weil Sterben auch Leben ist

Hospiz Info Brief 2 / 2005

Dortmund, im April 2005

Die Themen:

- Klare Regelungen für Patientenverfügungen?
- Euthanasie-Debatte im Europarat
- Euthanasie als Kino-Schauspiel
- Sterbehelferorganisation dreht Todesfilme
- Hospizstatistik 2004
- Gutachten zu Palliativversorgung in Niedersachsen
- Bundesverfassungsgericht verhandelt über Pflegekosten
- Ehepartner von Pflegebedürftigen zahlen mehr als früher
- Neue Broschüre zum Thema Suizid im Alter
- Literatur-Tipps
- Veranstaltungen



Zu diesem Thema gibt es eine Pressemitteilung und/oder ggf. weitere Infos auf der Homepage der Deutschen Hospiz Stiftung unter www.hospize.de

Klare Regelungen für Patientenverfügungen?

Das Bundesjustizministerium hat Ende Februar seinen Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechts zurückgezogen. Dieser beschäftigte sich in erster Linie mit Patientenverfügungen. Politischer Protest und der Druck der Öffentlichkeit waren dafür ausschlaggebend. Die Deutsche Hospiz Stiftung hatte in einer bundesweiten Briefaktion zum Protest gegen den Gesetzentwurf aufgerufen. Stattdessen wird nun ein Gruppenantrag in den Bundestag eingebracht. Wie Brigitte Zypries im Gespräch mit der Deutschen Hospiz Stiftung zugab, wird dort jetzt auch die Schriftlichkeit als Formerfordernis für Patientenverfügungen festgeschrieben sein. Ebenso denkt man über eine Empfehlung zur Beratung nach.





Euthanasie-Debatte im Europarat

Der Rechtsausschuss des Europarats hat den umstrittenen Report des Schweizer Dick Marty in seinen Grundzügen gebilligt. Der Report „Assistance to patients at end of life“ spricht sich nach der langen Debatte in den verschiedenen Gremien des Europarats nicht mehr explizit für Euthanasie aus. Die Begründungen jedoch, die Marty dem Report beifügt, spiegeln immer noch eine Befürwortung der Euthanasie wider. Ende April befasst sich das Plenum der Parlamentarischen Versammlung mit dem Bericht. Derzeit gilt noch eine 1999 von der Parlamentarischen Versammlung beschlossene Empfehlung, die Straffreiheit für aktive Sterbehilfe strikt ablehnt.

**Gefährliche
Begründungen**

Euthanasie als Kino-Schauspiel

Gleich zwei Filme in deutschen Kinos beschäftigen sich derzeit mit dem Thema Euthanasie: „Mar adentro – Das Meer in mir“ und „Million Dollar Baby“. Äußerst bedenkenswert an beiden Filmen ist die Sichtweise, die vermittelt wird: Schwerstkranke Menschen, die ihrem Schicksal ausgeliefert sind und anderen ihre Krankheit zumuten, sind die Verlierer. Die Deutsche Hospiz Stiftung hat zu den Filmen eine Stellungnahme verfasst, die unter <http://www.hospize.de/ftp/intern/sterbehilfefilme.doc> angefordert werden kann.

**Sind Schwerstkranke
die Verlierer?**

Sterbehelferorganisation dreht Todesfilme

Um Probleme mit der Justiz zu vermeiden, zeichnet die Schweizer Sterbehelferorganisation Dignitas den Freitod Sterbewilliger auf Video auf. Das berichtete eine Schweizer Zeitung. Selbst von Organisationen aus dem eigenen Lager hagelte es Kritik: Das Filmen verletze die Intimsphäre in den letzten Augenblicken des Lebens und taue vor Gericht nicht als Beweismittel.

Tod auf Video

Hospizstatistik 2004

Die Hospizstatistik der Deutschen Hospiz Stiftung für das Jahr 2004 liegt vor. Das Ergebnis: Ehrenamtliche Mitarbeiter haben im vergangenen Jahr in 952 ambulanten Hospizdiensten 35 000 Menschen überwiegend psychosozial begleitet. Die Hospizstatistik weist im Vergleich zum Vorjahr 50 Hospizgruppen weniger auf, da sich viele Hospizgruppen zusammenschließen, um hauptamtliche Koordinatoren finanzieren zu können. Dies ist Voraussetzung für die Förderung der Dienste durch die Krankenkassen. Für weitere Informationen: http://www.hospize.de/ftp/statistik_2005.pdf

**Palliative-Care ist
immer noch die
Ausnahme**



Gutachten zu Palliativversorgung in Niedersachsen

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Familien, Frauen und Gesundheit hat im März ein Gutachten zur Palliativversorgung

**Palliative Versorgung
in Niedersachsen**

Impressum:



in Niedersachsen vorgestellt. Neben einer Bestandsaufnahme werden dort Perspektiven für die Weiterentwicklung der palliativen Versorgung beschrieben. Handlungsbedarf besteht in der Aus- und Weiterbildung der Ärzte und Pflegenden. Des Weiteren ist eine bessere Kommunikation und Vernetzung aller im Bereich Palliative-Care Tätigen notwendig. Die Studie kann unter www.ms.niedersachsen.de eingesehen werden.

Bundesverfassungsgericht verhandelt über Pflegekosten

Im Sommer wird das Bundesverfassungsgericht voraussichtlich erstmals über die Grenzen der Haftung von Eigenheimbesitzern für die Pflegekosten ihrer Eltern urteilen. Die Frage: Inwieweit müssen Immobilien für die Regressforderung der Sozialhilfeträger belastet werden? Auslöser ist der Fall einer 66-jährigen Wohnungseigentümerin, die vom Landgericht Duisburg zur Annahme eines zinslosen, mit einer Grundschuld gesicherten Zwangsdarlehens der Stadt Bochum verurteilt wurde. Mit dem Geld sollen 60 000 Euro Unterhalt bestritten werden, die durch die Pflege ihrer Mutter entstanden sind.



Ehepartner von Pflegebedürftigen zahlen mehr als früher

Die Änderungen des Sozialgesetzbuches XII haben schwerwiegende Folgen: Ehegatten müssen nun in manchen Fällen so viel dazu zahlen, dass sie verarmen. Bei jedem zweiten Pflegebedürftigen reicht trotz Pflegeversicherung das Einkommen nicht aus, um die Heimkosten zu decken. Seit dem 1.1.2005 sind die Ehegatten zu Zuzahlungen verpflichtet, die bis zur Sozialhilfegrenze gehen können.



Neue Broschüre zum Thema Suizid im Alter

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Hospiz Stiftung hat das Nationale Suizidpräventionsprogramm die Informationsschrift „Wenn das Altwerden zur Last wird - Suizidprävention im Alter“ verfasst. Die Broschüre informiert über Ursachen und Signale einer Suizidgefährdung. Darüber hinaus sind darin auch Präventions- und Krisenhilfen, therapeutische Angebote sowie juristische Hilfen und Regeln enthalten. Die Broschüre fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie ist kostenfrei erhältlich: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Telefon 0 18 88 / 80 80 800, Fax 0 18 88 / 10 80 80 800, publikationen@bundesregierung.de, www.bmfsfj.de.

*Wenn das Altwerden
zur Last wird*

Literatur-Tipps

Brüning, A./Piechotta, G. (Hg): **Die Zeit des Sterbens.** Diskussionen über das Lebensende des Menschen in der Gesellschaft, Schibri 2005.

Nicolaidis, M./Zehentner: **Zurück ins Leben.** Hilfe für Trauernde, Rowohlt 2004.



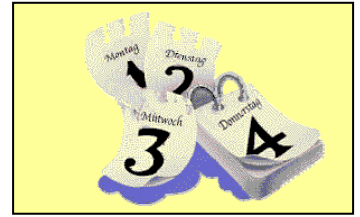
Impressum:



Veranstaltungen

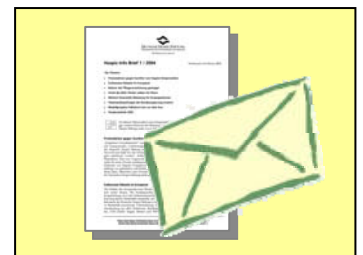
28. April bis 12. Juni 2005, **Noch mal leben. Eine Fotoausstellung über das Sterben**, Fotos von Walter Schels und Texte von Beate Lakotta, Leopold-Hoesch-Museum in Düren, Mi bis So 11 – 18 Uhr, Di 11 – 20 Uhr, www.museum-dueren.de

23. - 24. September 2005, **Palliativtag 2005 der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin**, Osnabrück: „Welche Palliativversorgung brauchen wir wo?“ Information & Anmeldung: www.dgpalliativmedizin.de



Helfen Sie mit – leiten Sie den Hospiz Info Brief weiter

Sie kennen Menschen, die ebenfalls Interesse am Hospiz Info Brief haben? Dann schicken Sie bitte deren Namen, Anschrift, ggf. Funktion und die E-Mailadresse an muenzberg@hospize.de oder bitten Sie diese Menschen, selbst mit uns in Kontakt zu treten.



Impressum:



Antwortabschnitt
(Rückmeldung auch per Fax 02 31 / 73 80 73 - 1)

Deutsche Hospiz Stiftung
Europaplatz 7

44269 Dortmund

Ich / Wir bitten um Zusendung des Hospiz Info Briefs per E-Mail zusätzlich an folgende Adresse(n) *(bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)*:

| Name (d. Dienstes bzw. der Person) | Funktion (z.B. Vorsitzender) | E-Mail-Adresse |
|------------------------------------|------------------------------|----------------|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

Absender *(bitte ggf. auch Hospizdienst bzw. -einrichtung angeben)*:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ Fax: _____